

Zusammenschluss vor 80 Jahren

GROSSFELDKIRCH - VON STADTARCHIVAR MAG. CHRISTOPH VOLAUCNIK

Im Jahr 2005, das von Gedenktagen zum Kriegsende und der Wiedererrichtung der Republik Österreich geprägt ist, ist ein lokales Jubiläum fast in Vergessenheit geraten. Vor 80 Jahren haben sich die bis dahin selbständigen Gemeinden Altstadt, Tosters und Tisis mit der Stadt Feldkirch vereinigt.

Nach jahrzehntelangen, durch den I. Weltkrieg unterbrochenen Vorbereitungen, einigten sich die Verhandlungsdelegationen dieser Gemeinden, entwarfen die Vereinigungsverträge und ließen die Bevölkerung darüber abstimmen.

Die Volksabstimmungen waren eindeutig und zeigten den allgemeinen Wunsch nach einer Vereinigung.

Neben- und miteinander

Im Großraum Feldkirch entwickelten sich seit dem frühen Mittelalter kleine Gemeinden, deren Lebensalltag von der bäuerlichen Tätigkeit geprägt war, die aber doch eine bescheidene Selbstverwaltung hatten. Ihr politisches und gerichtliches Zentrum war Rankweil. Um ca.1190 gründeten die Landesherrn, die Grafen von Montfort, am Rand des Gemeindegebietes von Altstadt eine neue Ansiedlung, die Stadt Feldkirch. Diese, nach einem strukturierten Bauplan errichtete Stadt, lag an einem verkehrsmäßig günstigen Punkt, am einzigen Illübergang. Diese Verkehrslage, die Produkte und Waren der ansässigen Handwerker und Kaufleute und besonders der Wochen- und Jahrmarkt, zogen die Nachbarn nach Feldkirch. Auf die Märkte lieferten die Bauern der Nachbargemeinden Getreide, Milch, Butter, Gemü-



Das Eröffnungsfest zum Zusammenschluss von Großfeldkirch am 18.5.1930

Die Vereinigungsbrücke: das Symbol der Vereinigung von Feldkirch, Altstadt, Tosters und Tisis.



se und Obst, das zur Versorgung der Bürgerschaft notwendig war. Aus dem Verkaufserlös konnten die Bauern dann die vom städtischen Gewerbe erzeugten und von den Händlern vertriebenen Gegenstände und Gerätschaften aller Art verkaufen. Die Herren „Feldkircher“ hatten in der Umgebung auch Grundbesitz, besaßen Äcker, Wiesen und vor allem Weingärten in den fruchtbaren Gebieten der Nachbargemeinden. Eine besondere Abhängigkeit der Dörfler von den Städtern ergab sich durch die Kreditwirtschaft. Reiche Bürgerfamilien und zahlreiche Stiftungen vergaben Kredite gegen einen moderaten Zins von 4 Prozent, der zumeist im Herbst, nach der Erntezeit, beglichen wurde.

Politisch waren die Beziehungen nicht sehr eng. Die Städter lebten innerhalb der Stadtmauern nach den demokratischen Grundregeln ihres Stadtrechtes, die Bauern waren in die enge Struktur der genossenschaftlich organisierten Gemeinde eingebunden und gehörten politisch zum Landgericht Rankweil-Sulz, dessen Rechte hier auch Geltung hatten.

Erste Vereinigungsgedanken

Das 19. Jahrhundert brachte mit der Industrialisierung bedeutende soziale und gesellschaftliche Veränderungen in das kleine Städtchen Feldkirch. Zahlreiche fremde Fabrikarbeiter kamen hierher und mussten untergebracht werden. Die Fabrikanten verließen aber die Stadt, sie erbauten sich auf dem Gemeindegebiet von Altenstadt, in der Parzelle Levis, ihre Villen.

Die Gemeinde Feldkirch beantragte erstmals 1850 einen Anschluss von Levis an Feldkirch, was aber von Altenstadt abgelehnt wurde. Feldkirch begründete das Ansinnen damit, dass zwei Drittel der Grundstücke, vor allem die Weinärten in Levis, im Besitz Feldkircher Bürger waren und Levis zum Steuerdistrikt Feldkirch gehörte. Altenstadt lehnte den Feldkircher Wunsch entrüstet ab.

Im Zuge des Baus der Vorarlbergbahn versuchten die Feldkircher 1869/70 nochmals einen Anschluss von Levis zu erreichen. Die Altenstädter wären prinzipiell dazu bereit gewesen, verlangten für den Entfall dieses von wichtigen Steuerzahlern bewohnten Ortsteiles aber eine zu hohe finanzielle Entschädigung. Kurioserweise entstand dann in Levis, also auf dem Ortsgebiet von Altenstadt 1869/70 der Bahnhof Feldkirch der



Bürgermeister Anton Gohm (1878-1955) in seinem Amtszimmer. Er war einer der Väter der Vereinigung 1925.

Vorarlbergbahn. In Levis siedelte die Stadt Feldkirch dann nach der Eröffnung der Arlbergbahn 1884 ihre Lagerhäuser (heute Spedition Weiss) und ihr Schlachthaus an.

1895 wandten sich die Feldkircher Stadtväter recht selbstbewusst in einem Schreiben an den Landeshauptmann Adolf Rhomberg. Sie meinten, dass sie wegen der erbrachten wirtschaftlichen Leistungen „Anspruch“ auf dieses Gebiet hätten und verlangten ein eigenes Landesgesetz für den Anschluss von Levis. Sie warfen den Altenstädtern eine Vernachlässigung der kommunalen Infrastruktur von Levis vor. Die Straßenbeleuchtung soll schlecht gewesen sein und der Altenstädter Dorfpolizist wurde den Bettelmusikanten nicht Herr. Der Gemeindevorsteher von Altenstadt, Josef Rheinberger, meinte dazu nur, dass in diesem Fall die Privatinteressen gewisser Levner Villenbesitzer vor das öffentliche Wohl gestellt worden seien. Der Landeshauptmann lehnte wegen Fehlens jeglichen gesetzlichen Anhaltspunktes das Ansuchen der Feldkircher ab.

Diese reagierten trotzig gegen die Ablehnung ihres Antrages, indem sie den Levner Kindern den Besuch von öffentlichen Schulen in Feldkirch verwehrten und sie an die Schule in Altenstadt verwiesen. Getroffen wurden damit hauptsächlich die zahlreichen in Levis lebenden Bahnarbeiter- und Beamtenfamilien. Auch ein Protestschreiben der

Staatsbahndirektion Innsbruck konnte die Feldkircher Stadtväter nicht von ihrer Haltung abbringen.

1905 traf sich ein „Levner Comite“ unter Leitung von Ludwig Bürkle zu einer öffentlichen Versammlung im Gasthaus „Rose“. Das Komitee erließ eine Resolution für eine Inkorporierung von Levis, die sie auch im Vorarlberger Volksblatt veröffentlichte. Der Feldkircher Magistrat nahm diesen Wunsch gerne auf und versuchte über den Vorarlberger Landtag eine Lösung ihrer bzw. der Levner Wünsche. Der Landtag lehnte dieses Ansinnen ab und da auch Altenstadt keinerlei Einlenken in dieser Sache zeigte, wurde es still um die Levner Frage.

Der Kauf von Heiligkreuz 1896

Der an der alten Illbrücke und wichtigen Straßenverbindung nach Liechtenstein gelegene Weiler Heiligkreuz gehörte ursprünglich zu Tisis. Erste Bestrebungen zu einer Erweiterung des Gemeindegebietes von Feldkirch um diesen Weiler kamen in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf. Besonders die damals noch unverbauten Gründe im Bereich der heutigen Gilm-, Dreves-, Schillerstraße und im Reichenfeld waren begehrtes Bauland.

Der Gemeindeausschuss beschloss dann am 18. April 1896 den Erwerb von Heiligkreuz. Man verpflichtete sich, alle Bewohner des Weilers in den Bürgerverband von Feldkirch aufzunehmen, an Tisis eine jährliche Rente von 1.400 Gulden zu zahlen und alle Kosten für die kommunale und kirchliche Eingemeindung zu übernehmen.

Für diesen Ankauf dürfte das damalige Ansuchen der Justizverwaltung um einen Neubau ausschlaggebend gewesen sein. Die Stadtgemeinde überließ dann der Justiz den Baugrund kostenlos zur Erbauung des heutigen Landesgerichtes.

Erste Kontakte mit



Im Zuge der Vereinigung wurde den Tostnern der Neubau einer Brücke über die Ill versprochen.

Tosters 1913

Der Stadtgemeinde Feldkirch gehörte in Tosters seit dem Mittelalter das ganze Augebiet zwischen dem Kapf und dem Nofler Steinbruch. Seit dem 19. Jahrhundert war dieses gerodete und urbar gemachte Gebiet als Gemeindeteile an die Feldkircher Bürger verteilt worden. In diesem Gebiet wollten die Feldkircher 1862/63 ihren Bahnhof für eine Stichbahn nach Rüthi/SG errichten. Später gab es für die Tostnerau Planungen für ein Feldkircher Schlachthaus und ein Industriegeleise.

Erste offizielle Verhandlungen zwischen den Gemeindevertretungen von Tosters und Feldkirch über eine mögliche Vereinigung gab es dann 1913. Im Oktober 1913 fanden im Gasthaus „Zum breiten Wasen“ erstmals Sitzungen eines „Komitees zum Studium der Einverleibung von Tosters“ statt. Gemeindevorsteher Rupert Geiger vertrat bei allen diesen Verhandlungen die Interessen der Aktivbürger. Nur diese Personen hatten aufgrund ihrer Abstammung von alten Tostner Familien das Nutzungsrecht an den Gemeindefeldern und Weiderechte im Ried. Da sie bei einer Vereinigung mit Feldkirch den Verlust ihrer Rechte fürchteten, sprach sich die Mehrheit bei einer Bürgerversammlung 1914 gegen jede weitere Verhandlung aus.

Verhandlungen nach



Johann Kühne
aus Nofels-Bangs,
letzter Gemeindevorsteher von
Altenstadt und
Vizebürgermeister
von Feldkirch.

dem I. Weltkrieg

Nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges begannen wiederum Verhandlungen über einen Zusammenschluss.

1919 nahmen die Feldkircher von sich aus wieder neue Verhandlungen mit Tosters auf. 1920 fand in Altenstadt eine Versammlung zum Thema Vereinigung mit Feldkirch statt, in der man sich prinzipiell dafür aussprach. Man bestellte bei dieser Sitzung einen Ausschuss, der sich mit der Frage der umstrittenen Bürgernutzungen auseinandersetzen sollte. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem die Währungsprobleme, hemmten alle weiteren Verhandlungen. Es wurde dann bald klar, dass durch einen Zusammenschluss der Gemeinden wichtige kommunale Anliegen leichter gelöst werden könnten, da bei einer erhöhten Bevölkerungszahl auch die Ertragsanteile des Bundes, also die Zuweisungen aus dem gemeinsamen Steuertopf, sich steigern würden.

1925 kamen die Verhandlungen wieder in Gang, da man sich in der Frage der Bürgernutzungen einigte. Feldkirch versicherte den Gemeinden, keinerlei Anspruch auf die dortigen Bürgernutzungen zu erheben und diese als Sondervermögen unter Eigenverwaltung der Fraktionen anzuerkennen.

Die Entscheidung fällt



Rupert Geiger,
letzter Gemeindevorsteher von
Tosters 1924/25

Nach Abschluss der Verhandlungen der Vereinigungsausschüsse der Gemeinden Feldkirch, Altenstadt und Tosters gingen Bürgermeister Anton Gohm und Vorsteher Johann Kühne mit einem fertigen Antrag in die Gemeindevertretungen. Am 27. März 1925 nahm die Feldkircher Stadtvertretung den Antrag einstimmig an und entschloss sich zur Abhaltung einer Volksabstimmung. Die Gemeindevertretung von Altenstadt entschloss sich ebenfalls am 27. März für den Zusammenschluss. Die Tostner Gemeindevertretung hatte sich bereits am 17. März dafür entschieden.

Information

In Informationsveranstaltungen in den Ortsteilen wurden die Bürger über die geplante Vereinigung informiert. Dabei trat auch der Lindauer Oberbürgermeister Siebert auf, der bereits einen erfolgreichen Zusammenschluss der Stadt Lindau mit Nachbargemeinden durchgeführt hatte.

Man verfasste auch ein Informationsblatt, in dem statistische Zahlen und die Budgetzahlen gegenübergestellt wurden. Bürgermeister Gohm und der Altenstädter Gemeindevorsteher Johann Kühne erstellten als Basisinformation eine Zusammenstellung der Vermögenswerte beider Gemeinden.

In zwei weiteren Informationsblättern, je eines für Tosters und eines für Altenstadt, wurden die Vor- und Nachteile gegenübergestellt. Als erster Punkt wird die „Erhöhung der Stoßkraft im allgemeinen“ und die Fortsetzung der unterbrochenen Illregulierung sowie die Erhaltung des Bundesgymnasiums, der Bundesämter und der Wirtschaftskammern genannt. Diese Ziele sind nur vor dem Hintergrund der damaligen wirtschaftlichen Lage zu sehen. Die völlig verarmte junge Repu-

blik erhielt 1922 vom Völkerbund, dem Vorgänger der UNO, eine bedeutende Finanzhilfe, musste dafür aber gewaltige Einsparungen bei den Staatsausgaben vornehmen. Auch das Feldkircher Gymnasium und die hier befindlichen Bundesbehörden waren von diesen Zwangsparsparmaßnahmen in ihrem Bestand bedroht. Gegen wen man die „Stoßkraft“ einsetzen wollte, geht aus einem späteren Dokument hervor. Gegen Bregenz und Dornbirn, u.a. auch im Kampf um den Verbleib des Gymnasiums. Auch im Kampf um erhöhte Ertragsanteile, den u.a. von der Bevölkerungszahl abhängigen Geldern aus dem Bundesbudget.

In der Informationsschrift versprach man den Bürgern von Tosters und Altenstadt geringere Gemeindesteuern und geringere Verwaltungskosten. Den Tostnern versprach man den Bau einer neuen, zeitgemäßen Brücke über die Ill und eine Verbesserung des Straßenzustandes. Nachdem die Tostner seit dem Jahrhunderthochwasser 1910, das die Eisenbrücke über die Ill zerstört hatte, mit einer provisorischen Holzbrücke leben mussten, war ihnen ein Brückenneubau ein Herzensanliegen. Baubeginn für die sog. Vereinigungsbrücke war 1928, zwei Jahre später konnte sie mit einem Festakt ihrer Bestimmung übergeben werden. Diese Brücke wird bis heute als Symbol der Vereinigung der vier selbständigen Gemeinden zu einer neuen Stadtgemeinde Feldkirch angesehen und trägt, wie die jüngsten Diskussionen um ihre Renovierung zeigen, auch emotionalen Wert. Neue Bauplätze und Arbeitsplätze durch Betriebsansiedelungen wurden ebenso prophezeit.

Bei den Nachteilen wurde das damals kursierende Vorurteil, dass Städter



Bau der in den Vereinigungsverträgen versprochenen Wasserleitung nach Gisingen 1927.

und Bauern nicht zusammenpassen, genannt. Die Befürchtung, dass die eine Klasse die andere übervorteile, wurde als unbegründet abgetan und als Beispiel für ein gutes Zusammenleben dieser Gesellschaftsschichten Dornbirn genannt.

Abschließend zitierte man den Lindauer Oberbürgermeister Siebert: „Nur die Einigkeit, nur der Zusammenhalt, nur das Streben zum Ganzen kann uns aus der heutigen schweren Zeit retten!“

Die Vereinigungsverträge

Am 27. März 1925 wurden die Vereinigungsverträge zwischen Feldkirch und Altenstadt sowie mit Tosters geschlossen. Nach deren Vorbild wurde der Vertrag mit Tisis am 21. Mai 1925 geschlossen.

Die wichtigsten, umfang- und auch detailreichsten Bestimmungen betrafen die Bürgernutzungen. Das sogenannte Gemeindegut wurde als Sondervermögen der Fraktion, des jeweiligen Ortsteiles ausgewiesen und die Grundstücke genauestens mit Parzellennummern im Vertrag aufgelistet.

In §6 regelte man das Schulwesen. Die bestehenden Schulen sollten erhalten

bleiben, die Schulmittel weiterhin gratis abgegeben werden. Die Schulferien in Altenstadt, Gisingen, Nofels und Bangs sollten weiterhin den ländlichen Verhältnissen angepasst werden. Die Kinder sollten während der Heuernte schulfrei erhalten. Besondere Aufmerksamkeit sollte zukünftig der schulischen Ausbildung und Weiterbildung der „gewerblichen und landwirtschaftlichen Jugend“ gewidmet werden.

Auch der Strompreis wurde neu geregelt. Die 20 Prozent Preisermäßigung, die den „Städtern“ gewährt worden war, sollte nun auch in den Fraktionen gelten.

Die Wasserversorgung in den Ortsteilen fand ebenfalls Eingang im Vertrag. Während Altenstadt und Tisis ihre Wasserversorgung beibehielten, wurde Gisingen und Nofels angeboten sich an das Feldkircher Wassernetz anzuschließen. Damit konnte das seit Jahrzehnten erfolglos diskutierte Wasserversorgungsproblem in diesen Ortsteilen gelöst werden.

Die Gemeindefunktionäre in Altenstadt, Tosters und Tisis, der Gemeindefunktionär und die Gemeindefunktionäre wurden in den Personalstand der Stadtgemeinde Feldkirch übernommen.

Es wurde die Errichtung von Gemein-

deamtsstellen in allen Ortsteilen festgelegt, dann aber die Wohnung der Ortsvorsteher als solche angesehen. Lediglich in der Kanzlei der Agrargemeinschaft Altstadt wurde und wird bis heute eine solche Gemeindeamtsstelle geführt.

Die neue Stadtgemeinde Feldkirch musste sich verpflichten, die Straßen zu erhalten und begonnene Bauprojekte wie das Schulhaus in Bangs oder die Straße nach Fresch fertigzustellen.

Auch die Erhaltungspflicht von historischen Gebäuden, wie der Burgruine Tosters und der Kirche St. Corneli und der Kirche St. Michael samt Umfriedung in Tisis übernahm vertraglich die Stadtgemeinde Feldkirch. Der als „Tummelplatz“ bezeichnete Spielplatz unter der Schule in Tisis sollte erhalten und nicht verbaut werden.

Im vorletzten Paragraph bezeichnete man die Regulierung der Ill, die Entwässerung des Rheintales und des Tostner Riedes als vornehmste und wichtige Aufgabe der Gemeindevertretung von Feldkirch.

Zum Überwachungsorgan für die Einhaltung des Vertrages ernannte man die Vorarlberger Landesregierung.

Am 26. April 1925 fanden die Volksabstimmungen statt. Insgesamt stimmten 86,7 Prozent für den Zusammenschluss. Am besten war das Ergebnis in Levis mit 98,5 Prozent, am geringsten in Gisingen mit 69,5 Prozent. Nach Bekanntwerden des Ergebnisses zogen die Blasmusiken mit klingendem Spiel durch die neue Gemeinde.

Tisis folgte nun dem Beispiel und verhandelte mit Feldkirch nach dem Muster der bereits bestehenden Verträge einen Vereinigungsvertrag aus, der allerdings rein lokale Angelegenheiten berücksichtigte. Am 22. Mai 1925 nahm die Gemeindevertretung von Feldkirch und von Tisis die Verträge an. Am 1. Juni stimmten die Tisner über den Vertrag ab: 293 stimmten dafür, lediglich 25 lehnten ihn ab. In Feldkirch, das ebenfalls über den Vertrag abstimmen ließ, lehnten nur 16 Personen den Vertrag ab. Nach Bekanntwerden des Abstimmungserfolges marschierte die Stadtmusik nach Tisis, holte dort die Gemeindevertretung und Bürgermusik ab und marschierte mit ihnen in das Rathaus.

Die Landesregierung genehmigte am 9. Mai bzw. 6. Juni für Tisis die Vereinigungsverträge.

Am 7. August 1925 wählte die Gemeindevertretung auf Vorschlag des Bürgermeisters für die „Fraktionen“, wie man die Ortsteile nannte, die Ortsvorsteher. Der Bürgermeister konnte sich dabei auf eine Bestimmung des Gemeindegesetzes berufen, in der ihm die Ortsvorsteher als seine Vertreter zugeteilt werden. Gleichzeitig wurde damit ein letzter Rest der ehemaligen Selbstständigkeit, des Selbstbewusstseins der Ortsteile belassen.

Dieses Selbstbewusstsein der Ortsteile hat sich bis heute erhalten, wie sich anhand der zahlreichen Ortsvereine, Kapellen und Feuerwehren nachweisen lässt.

Den Initiatoren des Jahres 1925 ist für ihre politische Weitsicht zu danken. Sie haben es in wirtschaftlich schwierigster Zeit verstanden, für die ihnen anvertrauten Kommunen eine Lösung der anstehenden Probleme zu finden. Nur durch den Zusammenschluss von ländlichen Gemeinden und der alten Stadt gelang es, einen neuen, gemeinsamen Weg für die Zukunft zu finden. Auf diesen vor 80 Jahren gelegten Grundlagen baut noch heute die Stadtgemeinde Feldkirch auf.

Volksabstimmungen

Wahl der Ortsvorsteher



GesmbH.

M. Scherrer
Der Raumausstatter

Vorhangdekorationen
Tapeten
Wandbespannung
Spannteppiche
Bodenbeläge
Polstermöbelwerkstätte

Landrichterstraße 5
A - 6830 Rankweil
Tel. 0 55 22 / 44 6 02, Fax DW 18
m.scherrer@nexta.at

